

Pöfener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 12. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 107.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 11. Februar. Im Prozeß Dsenheim wurden die Verhandlungen heute mit Vernehmung der Sachverständigen wieder aufgenommen.

Der Direktor der Nordbahn, Fillunger, deponirte, er finde die abgeschlossenen Bauverträge der erhaltenen Konzession entsprechend, eine Begünstigung des Bauunternehmers aus den Bauverträgen sei nicht ersichtlich. Die Grundeinlösung sei vertragsmäßig durchgeführt und aus der Wahl der Bahntrasse könne nicht darauf geschlossen werden, daß man billig habe bauen wollen. Eben so wenig könne aus der Anzahl der Bahnkonstruktionen und aus den statischen Berechnungen irgend welche Unsolidität des Baues entnommen werden und auch die für Erhaltung der Bahn verausgabten Kosten seien nicht übermäßig gewesen. Im Interesse der Bahngesellschaft habe es jedoch nicht gelegen, die Haftpflicht des Bauunternehmers für den Damm von Mühlgang auf nur 2 Monate zu beschränken. Den Fahrplan halte er für genügend, das Kollaudierungsprotokoll enthalte Uebereinstimmungen. Der zweite Sachverständige Hellwig gab im großen Ganzen sein Gutachten in der nämlichen Weise ab, hielt indeß die für Erhaltung der Bahn aufgewendeten Kosten für zu hoch. Nach der Ansicht dieses Sachverständigen hat Brasch bei der ersten Linie 5 pCt., bei der zweiten aber gar nichts verdient.

Wien, 11. Februar. Gutem Vernehmen nach ist behufs Bildung eines neuen Ministeriums, wie irrthümlich nach Auswärts gemeldet wurde, bisher kein Schritt geschehen. Thatsache ist nur, daß sich Ministerpräsident Witto unverzüglich nach Wien begibt, um dem Kaiser Bericht zu erstatten und zugleich unter Hinweisung auf die durch den Eintritt der Tisjapartei auf den Boden des staatsrechtlichen Ausgleichs geänderte Lage die Demission des Kabinetts anzubieten.

Versailles, 11. Februar. Die Nationalversammlung nahm heute ihre Beratungen wieder auf und genehmigte mit 322 gegen 310 Stimmen ein von dem Deputirten Pascal Duprat (von der Linken) eingebrachtes Amendement, wonach der Senat nur aus gewählten Mitgliedern besteht und von den nämlichen Wahlberechtigten gewählt wird, die auch zur Wahl der Deputirten berechtigt sind. Der Vorsitzende der Kommission für die konstitutionellen Vorlagen, Barbie erklärte, daß nach Annahme dieses Amendements von der durch die Kommission ausgearbeiteten Vorlage wenig übrig bleibe und beantragte die Vertagung der Weiterberatung, damit die Kommission die notwendigen neuen Anträge vorlegen könne. In Folge dessen wurde die heutige Sitzung adjourné.

London, 11. Febr. Der Schatzkanzler Sir S. H. Northcote hat eine Deputation empfangen, welche die Abschaffung der Einkommensteuer befürwortete. Der Schatzkanzler erwiderte, daß die Aufhebung der Steuer ohne die Einführung einer anderen Auflage an ihrer Stelle sich nicht ermöglichen lassen werde und versprach, die Frage in weitere Erwägung zu ziehen. — Die Königin wird gegen Ende des Monats nach Windsor zurückkehren und Prinz Leopold voraussichtlich sie dahin begleiten. — Der „Globe“ meldet, daß Kriegsschiffe des ostafrikanischen Geschwaders nach Benin (Oberguinea) abgegangen sind, um wegen eines von den Einwohnern auf englische Handelsschiffe gemachten Angriffs Repressalien zu nehmen.

Bukarest, 11. Februar. Die Deputirtenkammer hat das Gesetz, betreffend die Deckung des Defizits pro 1875 angenommen. Durch dasselbe wird die Regierung ermächtigt, anstatt des ursprünglich bestimmten Betrags von 19 Millionen nunmehr 24 Millionen in Rententiteln auszugeben.

Vom Landtage.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. Februar, 11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg und Dr. Friedenthal mit den Kommissarien Geh. Rathen Perlmutter und Woblers.

Die gestern abgebrochene erste Beratung der Provinzialordnung wird heute fortgesetzt.

Abg. Berger (Witten): Eine Widerlegung der Rede des Abg. v. Gerlach wird das Haus wohl nicht von mir erwarten, wenn man sich, wie sein ehemaliger Kollege, der vormalige Abg. v. Wisniewski, schon hat, so treffend ausgesprochen, auf eine Säule zurücklegen hat, um dort die Sünden der Welt zu bejammern und seine eigenen Tugenden zu bewundern, dann kann man kaum verlangen als ernsthafter Politiker angesehen zu werden. Der Abg. v. Gerlach hat sich über die außerordentliche Fluth von Gesetzen, die uns hier beschäftigen; hat er denn niemals darüber nachgedacht, — er hat ja jetzt genügende Muße — daß diese Fluth mit seiner früheren Thätigkeit in einem engen Zusammenhang steht, daß wir heute nichts anderes thun, als die politischen und legislativen Sünden wieder gut machen, welche er und seine Freunde und das Ministerium Mantuffel, während der Reaktionsperiode bezogen haben. (Sehr richtig!) Wenn er, anstatt das Ministerium zu immer größerer Reaktion anzutreiben, sich damit begnügt hätte die Auswüchse des Jahres 1848 mit sanfter Hand zu beseitigen, dann würden wir die heutige gewaltige Gesetzesarbeit gar nicht oder nur zum kleinen Theile zu verrichten haben. An der Seite des Herrn v. Gerlach sitzt der Abg. Windthorst, der sich, obgleich wir uns gegenwärtig in einer revolutionären Periode befinden, seines Konservatismus rühmt. Er wurde quasi als Minister der Reaktion berufen, aber anstatt in brutaler Weise die ganze Gesetzgebung von 1848 und 1849 einfach zu beseitigen, hat er Verwaltungs- und Justizgesetze gegeben, die noch heute in anerkannter Wirksamkeit stehen und in mancher Beziehung als Muster und Vorbild dienen können. Ich betrachte es als ein gerechtes Vergeltung für Herrn v. Gerlach, daß er noch in seinem hohen Alter in dieses Haus einreten mußte, um der Arbeit beizuhelfen, die wir an seiner Gesetzgebung vollziehen, daß er selbst keine sein muß, wie wir einen Stein nach dem andern von seinem Gebäude abtragen. Wenn irgend Jemand kein Recht hat, sich über die Fluth neuer Gesetze zu beklagen, so ist er es, der sich vielmehr an seine Brust schlagen und seufzen sollte: mea culpa, mea maxima culpa! (Große Heiterkeit.) Wenn der Abg. Miquel das Vorgehen des Mi-

nisters des Innern ein läches und entschlossenes nannte, so kann ich ihm darin nicht beistimmen; nach der Anerkennung, welche die Kreisordnung allseitig gefunden, war es einfach seine Schuldigkeit, dieselben Grundzüge in der Provinzialordnung niederzulegen. Kühn oder entschlossen oder verständig wäre es gewesen, wenn er mit den Bezirksregierungen und den Regierungspräsidenten endlich einmal Eintracht gemacht hätte. Unter Reform der Verwaltung hat man stets und vorzugsweise die Beseitigung der Regierungspräsidenten verstanden. Sie befinden sich in einer viel unglücklicheren Situation als die Landräthe. Sie wissen, wie sich die liberalen Parteien bei den Wahlen mit dem Landrathe haben herumgeschlagen müssen; trotzdem hat man dieses Institut beibehalten, weil es ein populäres mit dem Volke verknüpftes ist; ebensolche Sympathien hat das Institut der Oberpräsidenten für sich; aber wer hat jemals für die Regierungspräsidenten Sympathien gehabt? Wenn in der Denkschrift nicht von der Beibehaltung derselben die Rede wäre, würde niemandem eingefallen sein, ihre Nothwendigkeit zu beweisen; jetzt findet das Institut naturgemäß einige Vertheidigung. Aber, m. H., woher kommt es denn auch, daß die Regierungspräsidenten so wenig Sympathie, so wenig Vertheidiger gefunden haben? Geben Sie die Reihe unserer Oberpräsidenten seit 1815 durch, so finden Sie darunter Männer wie Schoen, Vinde, Sad, Maerker, Flottwell, welche die große ihrer Aufgabe vollständig begriffen, wahre Repräsentanten der Provinz waren und denen es allein ausdauern ist, daß die absolute Zeit von 1815 bis 1848 eine so erträgliche Form, die Form des patriarchalen Absolutismus erlangte. Wenn aber haben Sie jemals gehört, daß die Regierungspräsidenten eine solche Selbstständigkeit nach Oben entwickelt hätten? Im Gegentheil, sie sind immer nur die allerdienswilligsten Werkzeuge der Minister, die dienstwilligsten Handhaben für die Reaktionszeit gewesen. Wenn Herr Abg. Miquel sie ein nothwendiges Uebel nannte, so bin ich vollständig damit einverstanden in Beziehung auf das Substantiv, keineswegs aber in Beziehung auf das Adjektiv. Mir fällt dabei immer ein Ausspruch meines seligen Vaters ein. Als ich denselben einmal fragte, wer der beste von den Regierungspräsidenten gewesen wäre, sagte er: der alte Herr so und so, den habe ich niemals hier zu sehen bekommen, sondern ich bekam alle Monate irgend eine Antwort von ihm. M. H., die herumreisenden Regierungspräsidenten, von denen hier gesprochen worden ist, sind wahrhaftig die am allerwenigsten brauchbaren. Wieviel Klagen haben wir in diesem Hause schon gehört von dem schleppenden Geschäftsgange bei den Regierungen! Noch heutzutage kann man von den Centralbehörden, von den Ministern in ebensoviel Tagen eine Antwort bekommen, als Wochen dazu gehören, um von den Regierungen einen Bescheid zu erhalten. Die Denkschrift ist allerdings klug genug, zu sagen: wir erkennen die Beschwerden der Regierungen vollkommen an, deshalb wollen wir ja auch die kollegialischen Behörden annehmen. Aber auf diese Weise können wir aus dem Regen in die Traufe, denn was ist denn der gegenwärtige Regierungspräsident? In dem nicht der ganze Apparat der Beamten, Räte und Oberregierungsräthe um ihn herum konzentriert worden? Wir bekommen an Stelle des früheren Regierungspräsidenten, der in einzelnen Fällen doch immer an das Botum seines Kollegiums gebunden war, nichts weiter, als einen französischen Präfecten mit allen Schwächen und Schäden desselben. Ich gebe vollkommen zu, daß unsere Regierungskollegien, wie sie gegenwärtig bestehen, ein viel zu weitläufiger Apparat sind, aber nun das Kind mit dem Bade auszuschütten, das Kollegium als solches für unbrauchbar zu erklären und den Regierungspräsidenten als eine Art Souverän hinzustellen, das geht nach meinem Dafürhalten entschieden über alles Bedürfnis hinaus. Nun sagt man, der Bezirksauschuss wird ihm an die Seite gestellt und der wird die Vertretung der öffentlichen Interessen seinen souveränen Gehältn gegenüber übernehmen. Auf diesen Bezirksauschuss bitte ich Sie aber die wenigste Hoffnung zu legen. Da fällt mir ein, was unser früherer Kollege, Herr Meyer (Arnswalde), den ich zu meinem Bedauern nicht mehr im Hause sehe, einmal äußerte: Das müsse ein schlechter Landrathe sein, der nicht innerhalb acht Tagen seinen Kreisauschuss unter die Füße bekäme. (Arzufe.) Diese Aeußerung hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet, aber bei dem Bezirksauschuss ist die größte Aussicht vorhanden, daß jene Worte sich bewahrheiten werden. (Große Arzufe.) Im gegenwärtigen Etat werden für die Oberpräsidenten, Regierungen und die Finanzdirektion in Hannover im Ganzen 10,680,000 Mark beantragt. Für die Oberpräsidenten und die ihnen beigegebenen Beamten würden ungefähr 288,000 Mark in Abzug zu bringen sein, so daß für die Regierungen allein etwa 10,392,000 Mark übrig bleiben würden; wenn die Regierungen und die Regierungspräsidenten für die Zukunft wegfielen und die Oberpräsidenten mit der erforderlichen Anzahl von Kollegien für die innere Verwaltung umgekehrt würden, so würden wir von jenen 10 Millionen Mark sicherlich ein Drittel ersparen. Dadurch würde aber unser Dotationsfonds einen erfreulichen Zuschuß erfahren.

Es ist dann entgegen worden, die Provinzen würden zu groß werden, wenn man die Eintheilung in Bezirke fallen ließe und die Regierungspräsidenten abschaffe. Herr Abg. v. Kardorff hat aber gestern mit Recht bemerkt, daß es gegenwärtig, da wir Eisenbahnen und Telegraphen haben, viel leichter ist, eine Provinz zu regieren, als vor 30 Jahren einen Regierungsbezirk. Die in der Denkschrift den Regierungen-Präsidenten zugewiesenen Kompetenzen werden zum größten Theil auf die Oberpräsidenten resp. auf die Provinzial-Kollegien übertragen werden müssen, zum kleineren Theil auf die Kreisräthe und den Kreisrat. Endlich darf ich noch erwähnen, daß ein Oberpräsident mit der erforderlichen Anzahl von Provinzialkollegien, mit einem Provinziallandtag und einem Provinzialauschuss neben sich, der Centralbehörde und auch der Landesvertretung gegenüber das gebührende Ansehen und den gebührenden Einfluß haben wird. Aber wann haben Sie je gerunden, daß einem bestimmten Willen der Centralinstanz gegenüber die Regierungspräsidenten einen Einfluß gehabt haben? Dieser Zustand wird noch mangelhafter werden, wenn der Regierungspräsident allein hingestellt wird, wenn das Botum seines Kollegiums ihm fehlt. Und wenn in Wirklichkeit die Provinzen in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so groß sein sollten, so muß ich doch sagen, es ist viel besser, die zu großen Provinzen zu verkleinern, sie etwa, wie gestern der Herr Abg. Lasker vorschlug, auf je 2 Millionen Einwohner herunter zu bringen, als die Regierungsbezirke in ihrer gegenwärtigen Konfiguration und Verfassung aufrecht zu erhalten. Es ist allerdings gesagt worden, die Provinzen seien historisch-politische Individualitäten, die einen gewissen Respekt, eine gewisse Schonung für sich in Anspruch nehmen könnten. Aber diese sämtlichen historisch-politischen Individualitäten der Provinzen daftiren doch nur erst seit 1815 und damals hat die absolute Monarchie viel tiefer in die damals wirklich bestehenden historisch-politischen Individualitäten hineingeschnitten, als jemals später geschehen ist. Es ist hierbei auch gar nicht zu verwundern, wenn von allen Rednern, die bis jetzt gesprochen haben, allein Herr Abg. v. Koeller sich für die Aufrechterhaltung der Regierungspräsidenten aus-

gesprochen hat. Alle übrigen Redner, Birchow von der Fortschrittspartei, Miquel und Lasker von der nationalliberalen, v. Wiggin-gerode und v. Kardorff von der freikonserватiven Fraktion haben sich entschieden gegen die Beibehaltung des Instituts der Regierungspräsidenten ausgesprochen, und ich glaube daher, die Regierung kann schon aus diesem Umstande als bestimmt annehmen, daß die große Majorität des Hauses sich für diesen Punkt der Denkschrift unter keinen Umständen erklären wird. Herr von Kardorff, der früher selbst Regierungsassessor gewesen ist, wie uns der Kleine Hirsh jetzt sagt (Heiterkeit), wird in dieser Beziehung sicher als ein ganz kompetenter Beurtheiler angesehen werden müssen. Herr Abg. Lasker hat Ihnen bereits gestern gesagt, wie große Gefahren es mit sich führte, wenn wir auf dem Wege der stückweisen Gesetzgebung, wie die Regierung uns jetzt vorschlägt, fortfahren wollten. Wir haben das allerdings in Bezug auf die Kreisordnung gethan; aber damals lag auch die Sache vollkommen anders. In den östlichen Provinzen ging die Verwaltung in der seitherigen Weise unter keinen Umständen mehr an, und es mußte also fort schleunigst mit der Emanation einer Kreisordnung vorgegangen werden. Die Abgeordneten aus den westlichen Provinzen haben schon damals erklärt, daß sie nur mit sehr großem Widerstreben sich auf diesen Weg drängen ließen, daß sie aber doch in gerechter Berücksichtigung der Zustände in den östlichen Provinzen nicht gegen die Emanation einer Kreisordnung für dieselben sich aussprechen wollten. Ja, meine Herren, damals war für sie die Kreisordnung eine Nothwendigkeit; aber sie konnten doch immerhin noch, was die Organisation der Kreistage und die Provinziallandtage anging, einigermassen die bestehenden Zustände entschuldigen. Im Osten der Monarchie ist der große Grundbesitz eine wirkliche Macht; er okkupirt 30, 40, 50 und selbst noch mehr Prozent des gesammten Grundbesitzes; aber in Westfalen und in der Rheinprovinz, wo diese nämliche Zusammensetzung der Kreistage und der Provinziallandtage vorhanden ist, war das zu einer vollständigen Monofitität geworden. Der damalige Abgeordnete für Siegen, der jetzige Handelsminister Dr. Achenbach, hat bereits bei der ersten Sitzung der Kreisordnung im Jahre 1869 Ihnen folgende schlagende Ziffern mitgeteilt. In der Rheinprovinz, sagte er, beträgt der bäuerliche Grundbesitz 9,098,000 Morgen, während der ritterschaftliche Grundbesitz 436,000 Morgen beträgt; das ist also weniger wie 5 Prozent. In Westfalen beträgt der bäuerliche Grundbesitz 5,916,000, der ritterschaftliche nur 42,000 Morgen, also nur 8 Prozent. Und bei einer solchen Vertheilung des Grundbesitzes wurden diese wenigen Besitzer von Rittergütern zu Vertretern des ganzen Kreises gemacht und hatten die Majorität auf dem Provinziallandtage. Der Kreis, den ich hier vertere, der Kreis Bochum zählt gegenwärtig 180,000 Seelen. Auf dem Kreistage befinden sich 23 ritterschaftl. Abg., 3 Deputirte der Städte, 9 Deputirte der Landgemein, und alle 23 Rittergüter zusammen repräsentiren nicht so viel Werth, als eines der großen Etablissements, die in unserem Kreise in mannigfacher Zahl bestehen. Ich glaube, meine Herren, diese wenigen Zahlen beweisen, daß das, was bei Ihnen noch als ein erträglicher, naturgemäßer Zustand bezeichnet werden könnte, bei uns zu einer vollständigen Monofitität geworden ist. Der Minister des Innern hat bei der ersten Lesung der Kreisordnung uns das Versprechen gegeben, gleich nach Emanation der Kreisordnung für die östlichen Provinzen dazu überzugehen, dieselben auch auf die westlichen auszuweiten. Die Abgeordneten aus den westlichen Provinzen, denen damals schon die Zeit etwas zu lange geworden, waren dazu übergegangen, selbstständig die Initiative zu ergreifen und brachten eine Kreisordnung für die westlichen Provinzen ein, in welcher sie sich eng an die für die östlichen Provinzen anschlössen, um keine Forderungen zu stellen, welche die Regierung oder die Majorität dieses Hauses nicht annehmen könnte. Es ist gegenüber der gefrigen Rede des Abgeordneten von Sybel interessant, sich die Namen der damaligen Antragssteller zu vergegenwärtigen. Herr von Bochum-Dolffs war lange Jahre Landrathe in Westfalen und dann Oberregierungsrathe in Koblenz; ma darf also bei ihm die nöthige Kenntniß der Verhältnisse voraussetzen; Antragssteller sind ferner die königlichen Landräthe Delius und Tiedemann; unterstützt haben den Antrag Dr. Regid, wirklicher Lectionsrathe im Reichskanzleramt, der königliche Landrathe Knebel und der Rektor der Universität in Bonn Dr. Kasse. Wenn solche Leute, die doch mit den Zuständen der Provinzen genau bekannt sind, die Regierung auffordern, eine Kreisordnung zu erlassen, dann darf man doch annehmen, daß sie nichts Ueberflüssiges und Staatsgefährliches begehren. Bei der ersten Lesung dieses Entwurfes gab der Kommissarius Geh. Rath Perlmutter die Erklärung ab, die sein Chef bereits im Allgemeinen gegeben hatte, daß gleich nach dem Schluß der Session man mit Eifer daran gehen werde, die erforderlichen Kommunal-Gesetze zu bearbeiten. Man hat das auch vollständig erreicht und bisher aufrichtig Wort gehalten. Als die Herren Geheimräthe aus dem Ministerium des Innern von ihren Väterreisen zurückgekommen waren, um die Konzessionen nach dem Kopfe, von denen der Abg. Lasker gestern sprach, los zu werden, hat man sich mit allem Eifer an die Arbeit gemacht. Man hat aus den Entwürfen auch gar kein Geheimniß gemacht. Ich habe hier vor mir den Entwurf einer Kreisordnung für die Rheinprovinz und Westfalen, ferner den Entwurf einer Landgemeinordnung für Westfalen, Hessen-Rhassau und die Rheinprovinz; das Alles gedruckt in diesem Jahre bei Wilhelm Meyer in Berlin. (Heiterkeit.) Ich bin auf die allergeringste Weise in den Besitz dieser Entwürfe gekommen; ich habe mir nämlich die Freiheit genommen, mich an Seine Excellenz den Minister des Innern selbst zu wenden; derselbe hat sie mir zustellen lassen mit der Bitte, sie zu sekretiren; nachdem sie aber durch mehrere Zeitungen publizirt sind, darf ich keinen Anstand weiter nehmen, sie Ihnen wenigstens vorzulegen. (Heiterkeit.) Wer diese Entwürfe liest, wird sie für durchaus verständige, mäßige und weise Gesetze erklären, die auf denselben Grundzügen wie die Kreisordnung basiren. Eine Bestimmung kann ich aber nicht als taktisch richtig bezeichnen, daß nämlich die auf Lebenszeit berufenen Amtsmänner und Bürgermeister aus dem Amte zu treten haben, nach dem Ablaufe der Frist, welche im Entwurfe als die Dauer ihres Amtes vorgeschlagen ist. Diese Herren glauben sich in ihren Interessen beschäftigt und hielten bereits im Oktober eine Versammlung in Neuwied, und haben die Staatsregierung, ich glaube, sie haben sogar Sr. Majestät damit belästigt, diese Entwürfe nicht Gesetz werden zu lassen. Diese Gefahr für die Gesetze war nicht groß; eine viel größere erwuchs ihnen von Bonn her. Dort hat nämlich der Abg. v. Sybel einen sogenannten Deutschen Verein gegründet. (Hört! hört! im Centrum.) Ich erkläre das meinerseits für ein großes Verdienst (Heiterkeit), weil er alle antiliberalen Elemente der Rheinprovinz zusammenfaßte, um sie der liberalen Majorität gegenüber in einem großen Kampfe nützlich zu verwenden. Ob er sie aber nützlich verwendet hat in der vorliegenden Frage, das erhebt mir mehr als zweifelhaft. Wenn man eine Sache richtig beurtheilen will, darf man ihr nicht zu nahe und nicht zu fern stehen. Es kommt mir vor, als wenn der verehrte Kollege v. Sybel der Sache viel zu nahe stände und unter dem augenblicklichen Eindruck der vernichtenden Ma-

Annoncen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Hanke & Co. — Hanfstein & Vogler, — Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Juwalidenbank.“

Jurität der Klerikalen von einer Angst und Furcht erfüllt worden wäre, welche seinen sonst so klaren Geist zum Mindesten etwas benebelte. Wir kennen auch die Macht der klerikalen Partei, wir kämpfen sie mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Aber so weit gehen wir doch nicht, Gesetze, die wir einmal als nützlich anerkannt haben, deren wir uns gerade bedienen wollen, um diese Herren zu bekämpfen, jetzt unterwegs zu lassen und als staatsgefährlich zu erklären. Der Herr v. Sybel hielt eine Versammlung dieses seines deutschen Vereins in Bonn ab und es soll ihm gelungen sein, die ganze Versammlung bis auf etwa zwei oder drei von der Richtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen. Ja kann nur wiederholen, daß auch diese Versammlung den Verhältnissen zu nahe steht und in der Angst vor der klerikalen Majorität das unbefangene Urtheil über die Verhältnisse verloren hat. Der Abg. von Sybel hat sich aber auch an die Staatsregierung gewandt und dort mit beklagenswerthem Erfolge die Gefahren vorgelegt, welche aus der Publikation solcher Gesetze entstehen würden. Es soll nämlich dem Fürsten Bismarck gesagt worden sein, das kleinste reichstreue Kind in der Rheinprovinz würde Bravo rufen, sobald es bekannt würde, daß dies Gesetz nicht vorgelegt werden würde. (Heiterkeit.) Ja, m. H., ob die politische Durchbildung in der Rheinprovinz bereits bis auf die kleinsten Kinder gekommen, bezweifle ich zum mindesten, zumal nach dem Vortrage, welchen der verehrte Abgeordnete selbst gestern gehalten hat. (Sehr laut! Heiterkeit.) Aber ich glaube, er ist in diesen seinen Behauptungen entschieden zu weit gegangen. Dem Kultusminister soll gesagt worden sein, daß das von ihm bearbeitete, so hochwichtige Unterrichtsgesetz unbedingt nicht eingeführt werden könnte, wenn die Kreisordnung in der Rheinprovinz zum Gesetze werde. (Hört! Hört!) Ich glaube umgekehrt, ein so wichtiges Gesetz wie das Unterrichtsgesetz ist durchaus notwendig, um die klerikale Majorität zu bekämpfen. Wenn wir auf dem Gebiete des Unterrichts nichts fertig bringen, auf anderen Gebieten, wo bloß Repression geübt wird, sind unsere Chancen bei weitem geringer. (Sehr richtig! links.) Die Angst des Abgeordneten von Sybel ist durchaus übertrieben; er hat so getan, als ob die Rheinprovinz und Westfalen historisch-politische Individualitäten wären, die gar nicht ihres gleichen hätten, als wenn sonst Klerikale nicht existierten, dem gegenüber glaube ich an die Thatsache erinnern zu müssen, daß wir in Preußen das Ermeland, in Schlesien Ober- und Niederschlesien und in Sachsen das Eichsfeld haben. Ich bin fest überzeugt, die Deputirten aus diesen genannten Landestheilen machen Anspruch darauf, mindestens ebenso schwarz zu sein als diese Herren (auf das Centrum deutend). Große Heiterkeit. Die Majoritäten würden ihre Macht bei den Wahlen in den Kreislagern in demselben Sinne benutzen. Nun frage ich, sind denn in dem Ermeland, in Ober- und Niederschlesien, in Eichsfelde alle die entscheidenden Folgen hervorgezogen, die Herr v. Sybel und die sonstigen Begleiter — allerdings sehr gering an Zahl — der Landgemeinde- und Kreisordnung für die Rheinprovinz und Westfalen und in so großen Farben dargestellt haben. Ich habe hier die Uebersicht über den Ausfall der im Jahre 1874 auf Grund der Kreisordnung vorgenommenen Wahlen der Gemeindevorsteher und Schöffen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen. Nach der Darstellung des Herrn v. Sybel glaube ich, daß in den ultramontanen Landestheilen eine Unmasse von Schülern und Schöffen nicht bestärkt worden seien, weil nach seiner Darstellung die klerikale Majorität die Wahlen in einem entschieden oppositionellen und reichsfeindlichen Sinne ausnutzt. Das ist aber gar nicht geschehen; in den ultramontanen Landestheilen sind nicht mehr und nicht weniger Schülern bestärkt oder nicht bestärkt worden, als in den übrigen. Braucht man wohl solche Furcht zu haben, wenn man sich alle die Befugnisse, alle die Macht vergegenwärtigt, welche der Regierung in der Kreisordnung verliehen ist und welche sie sich auch in den vorliegenden Entwürfen reservirt hat? Ich und das ganze Haus hatten große Erwartungen von der Rede des Herrn von Sybel (Heiterkeit); dieselben sind aber nicht erfüllt worden. Die erste Hälfte seiner Rede war einer Darstellung unseres gegenwärtigen Gesetzgebungsmechanismus gewidmet, und wie es zu beklagen wäre, daß wir nicht die Gesetzgebungsarbeiten an ein und derselben Stelle vornehmen ließen und daß nicht der Ministerpräsident einen größeren Einfluß auf die Gesetzentwürfe hätte. Ich muß dem Herrn Abgeordneten, der erst seit Kurzem wieder dem Hause angehört, bemerken, daß das, was er uns in dieser Beziehung gesagt hat, hier nicht ganz neu war. (Sehr wahr!) Wenn der Ministerpräsident, Fürst Reichsgraf, sich in nicht ganz angenehmer Stimmung befand, habe ich in diesem hohen Hause schon mehrfach ganz ähnliche Deduktionen gehört. Herr v. Sybel hätte uns also den ersten Theil seiner Rede ganz ersparen können. (Sehr laut!) Dann hat er davon gesprochen, daß man Gefahr laufe, durch die Ausdehnung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen das Reich im föderalen Sinne aufzulockern und ob das etwa die Majorität dieses Hauses thun würde. Ich kann darauf nur erwidern, daß kein Mensch das beabsichtigt; wir wollen dasjenige zentralistren, was notwendig im Interesse des ganzen zentralistren werden muß, im Uebrigen aber der Selbstverwaltung auf allen ihr zustehenden Gebieten freien Weg lassen. Dann hat uns der Herr Kollege die ganz neue Mittheilung gemacht, daß in der Rheinprovinz die Parteien herrschen; ich glaube, dieser Zustand ist wohl im ganzen Lande zu finden, denn dies ist nun einmal der Welt Lauf. Herr v. Sybel hat ja aber als Chef des deutschen Vereins selbst energisch mitgewirkt bei den Wahlen und seine ganze Deduktion läuft darauf hinaus, daß er bei den Wahlen unterlegen ist. (Große Heiterkeit, Bravo im Centrum!) Ich bedauere, daß Sie mir dies Bravo jurufen müssen, aber die Sache bringt es einmal so mit sich. Dann ist Herr von Sybel in seiner Behauptung noch weiter gegangen und hat gesagt, die Rheinprovinz sei ein Konglomerat der allerheterogensten Bestandtheile, sie sei aus Kurköln, Kur-Trier, Kur-Mainz, immediaten altpreussischen, kurfürstlichen Landestheilen zusammengesetzt. Auf diese Weise sind aber die meisten preussischen Provinzen entstanden und ich weiß nicht, wie man auf Grund dieser historischen Genese dazu kommen kann, der seit dem Jahre 1815 bestehenden Rheinprovinz vorzuwerfen, daß sie keinen inneren Zusammenhalt hat. Ich glaube, gerade in der früher mit französischen Sympathien erfüllten Rheinprovinz hat die preussische Verwaltung und Gesetzgebung gezeigt, wie man aus den heterogensten Bestandtheilen doch eine Einheit machen kann. Ich glaube, wo in einer und derselben Provinz sich Alles so eräuert, wie in der Rheinprovinz da ist Herr von Sybel zu einer solchen Behauptung durchaus nicht berechtigt. Aber das Größte hat er doch geleistet, indem er erklärt, man könne die Kreisordnung in der Provinz Posen zehnmal eher einführen, als in der Rheinprovinz. Ich kann mir nicht denken, daß damit gesagt sein soll, die politische Bildung und Entwicklung sei in der Provinz Posen zehnmal größer, als in der Rheinprovinz. Bisher haben wir immer mit einem Stolz gesagt, daß wir in der Rheinprovinz den übrigen Provinzen voraus wären. (Oh!) Leider ist das ein Irrthum. (Heiterkeit.) Aber ich muß ihm doch die Thatsache entgegenhalten, daß gerade in der Provinz Posen die Einführung der Kreisordnung auf Lebhafteste gewünscht wird. Wenn ferner Herr von Sybel behauptet, die Unterrichtsanstalten in der Rheinprovinz seien in einem beklagenswerthen Zustande, so ist daran nicht die Rheinprovinz schuld, sondern es ist dies die Konsequenz jener Zustände, unter denen das ganze Land seit 20 Jahren leidet und wir verdammt diesen traurigen Zustand der nämlichen Partei, welche sich der Reform unserer kommunalen Gesetzgebung seit 20 Jahren immer am eifrigsten widersetzt hat. (Sehr richtig!) Die Hindernisse der Entwicklung der Unterrichts-Anstalten und die Gegnerchaft für eine verständliche kommunal-Gesetzreform — das deckt sich Alles. Geben Sie die Kreisordnung für die Rheinprovinz geben Sie eine Provinzialordnung, zentralistren Sie das ganze Unterrichtswesen in der Hand eines energischen Oberpräsidenten und Provinzialkollegiums nach den Grundzügen, die jetzt der Herr Minister Fall vertritt, dann werden Sie nach einigen Jahren den guten Erfolg sehen. Dann hat Herr v. Sybel, wenn ich mich parlamentarisch ausdrücken darf, versucht, uns graulich zu machen und uns ein Beispiel vorgeführt, was denn werden würde, wenn die Sozialisten, die Londoner oder New Yorker Internationale die Majorität in den Kreislagern und sonstigen Verwaltungsbehörden, bekämen. Gerade dieser Theil seiner Rede hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn Hr. v. Sybel den internationalen Sach schlage, aber als wenn der Sie (zum Centrum ge-

wendet) meine. (Große Heiterkeit.) Statt Gründe hat uns Hr. v. Sybel Hypothesen gebracht, unmögliche Fälle vorgeführt und alle seine Beweisführungen mit dem Worte „wenn“ eingeleitet. Ja, wenn vor 2 oder drei Jahren bei der Beratung der Kreisordnung für die Provinzen Jemand gesagt hätte: wenn nun aber einmal die Kreisauschüsse oder Kreisräthe zusammentreten und Hinterpommern für eine Provinz erklären, oder wenn in Ostpreußen die Kreisräthe sich für den freiwilligen Anschluß an Rußland erklären, oder wenn etwa Fürst Bismarck zu Gunsten des Herrn Windthorst resignirte (Heiterkeit) und der Reichstag sich nach Meppen verlegt würde (Große Heiterkeit), so hätten solche Analogien ganz dasselbe Recht und dieselbe Beweiskraft gehabt, wie das gestrige Beispiel des Herrn v. Sybel mit der sozialistischen Internationale. (Sehr wahr!) Herr v. Sybel beherrscht in der That nichts weiter, als die Furcht vor dem rothen und schwarzen Gespenst, diejenige Furcht, mit welcher Louis Napoleon seinerzeit in den fünfziger Jahren so große Erfolge gegenüber einer ängstlich gemachten Bourgeoisie erzielte. Aber ich glaube nicht, daß dieser Saal der Boden ist, auf dem man damit Erfolge erringt. Wie Herr v. Sybel, der nicht rheinischer, sondern maadeburgischer Abgeordneter ist, sich wegen seiner Ansichten mit seinen Wählern auseinandersetzen wird, ist seine Sache; aber nach meiner vollen Ueberzeugung wird sich die bei Weitem größte Majorität der Abgeordneten aus Rheinland und Westfalen für die Emanation der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen aussprechen, ebenso wie die große Majorität dieses Hauses, denn ich frage Sie: würde es wohl einen größeren Triumph für das Centrum und die ultramontane Partei geben, als wenn man aus Furcht vor dieser dieses als nützlich und notwendig anerkannte Gesetz nicht emanirt? (Sehr wahr!) Einem größeren Erfolg könnte sich Hr. Windthorst nicht rühmen, als dessen, wenn er als Bremsen an unserem Reformwagen thätig ist. (Große Heiterkeit.) Wenn in einer Provinz, in einer größeren oder kleineren Körperschaft die zur Ausführung dieses Gesetzes berufenen Organe so verfahren würde, wie es Herr v. Sybel gestern als möglich dargestellt hat, so würde die Regierung dieses Landes einfach zu erklären haben: in diesem Landestheil herrscht Anarchie, und wir würden dann so viel Armee-corps hinschicken, als notwendig ist, um wieder die Anerkennung des Gesetzes durchzuführen. (Oh! im Centrum. Sehr richtig!) Fürst Bismarck hat einmal bei einer auswärtigen Frage erklärt: der Appell an die Furcht findet keinen Anklang im deutschen Herzen. Auch Herr v. Sybel hat gestern an die Furcht appellirt und auch sein Appell wird im deutschen Herzen keinen Wiederhall finden (Bravo!) Die Nichtvorlegung der Kreisordnung für die westlichen Provinzen, der Städte und der Gemeindeordnung ist die erste Etappe des Rückzuges in dem Kampfe, den wir gegen die klerikale Partei führen, und ich hoffe nicht, daß die Regierung diesen unglückseligen Weg betreten wird. — Ich habe zum Schluß noch ein kurzes Wort an den Herrn Minister des Innern zu richten. Auf die Worte des Abg. Birchow, daß wir möglichst weitestgehend sein würden, gegen die jetzt vorliegende Provinzialordnung, für die östlichen Provinzen allein, zu stimmen, wenn nicht gleichzeitig die Staatsregierung durch Vorlage der Kommunalgesetze für die westlichen Provinzen die Möglichkeit gebe, die Provinzialordnung auch auf diese auszudehnen, erklärte der Herr Minister, daß dies eine Drohung sei und sagte, es sei eben unmöglich, alles, was man jetzt in dieser Beziehung für die einzelnen Landestheile bedürfe, vorzuliegen. Nach meiner Ansicht hat der Herr Minister die verschiedenen Desiderata künstlich kumulirt. Es handelt sich gar nicht um Schleswig-Holstein, gar nicht um Hannover, Hessen und Nassau und gar nicht so eifrig auf die Reform, die man ihnen zugeht hat. Also das kann ruhig für später vorbehalten bleiben. Was die Majorität dieses Hauses aber ganz entschieden verlangt, das ist die Einlösung des uns vom Minister im vorigen Jahre gegebenen Versprechens, die Vorlage der Entwürfe, welche ich schon vorher die Ehre hatte, dem hohen Hause im Original vorzulegen. Sollte sich die königliche Staatsregierung nicht entschließen können, mit diesen fertigen und zur Vorlage bereiten Entwürfen endlich an uns heranzutreten, dann, hoffe ich, wird die Kommission das gute Beispiel befolgen, welches die Aufgabekommission im Reichstage gegeben hat. Dort hatte bekanntlich die Reichsregierung auch einen Antragentwurf vorgelegt, der die von der großen Majorität des Reichstags gewünschte Reichsbank nicht enthielt. In der ersten, auch drei Tage dauernden Lesung, sprach sich aber der entscheidende Wille des Hauses dahin aus, daß diese Reichsbank eine conditio sine qua non sei. Die Kommission beschloß, nicht eher in die Spezialberatung des Gesetzes einzutreten, als bis die Regierung erklärt hätte, ob sie dasselbe nicht durch Gründung einer Reichsbank vervollständigen könnte. Die Regierung verstand den Wink und brachte die vervollständigte Vorlage ein. Ich möchte der Kommission, welche wir für die Vorlage zu wählen haben werden, ein ähnliches Vorgehen vorschlagen. Entweder die Regierung legt die Kreisordnung für die westlichen Provinzen vor und deckt die Provinzialordnung auf die westlichen Provinzen aus, oder wir lehnen ruhig die Provinzialordnung für die östlichen Provinzen so lange ab, damit endlich dem Stückgesetzgebungsweisen in unserem Lande ein Ende gemacht wird. (Beifall.)

Abg. Gneist: Ob die bisherigen Debatten der Kommission die Vortheile einer Direktive zuführen werden, lasse ich dahin gestellt sein und wende mich daher sofort zur Sache selbst.

Die Schwierigkeit dieser Gesetzvorlagen liegt darin, daß sie zwei Dinge in einander flechten: eine Interessenverwaltung und eine Neubildung der Staatsverwaltung. Untrennbar, wie beide in unserem deutschen Leben geblieben sind, so sind sie es auch in der deutschen Gesetzgebung. Das politische Interesse wendet sich aber immer nur der Interessenverwaltung zu. Man denkt bei einer Provinzialordnung an eine neue Staatsverfassung, neue Wahlrechte, neue Wahlenversammlungen mit ihren ausführenden Behörden mit dem hergebrachten Streit über Vertretung des großen Grundbesitzes, ländliche und städtische Repräsentation, allgemeines Stimmrecht, und was daraus zu Gunsten der einzelnen Parteien folgen wird.

Ich gestehe, daß ich keine Lösung dieser interessanten Fragen erwarte, so wenig heute, wie seit Jahrzehnten. Der Streit darüber ist aber matter geworden. Er war noch lebhaft bei den Gemeindeordnungen, weniger bei den Kreisordnungen, er scheint bei dieser Provinzialordnung noch weiter zu ermaten. Und da die Zeit einer realen Auffassung der Dinge junekt, so darf ich heute wohl die Behauptung aussprechen, daß ich jene politische interessante Seite der Frage für die untergeordnete halte.

Handelte es sich hier wirklich um eine neue Interessenvertretung, so wäre der Apparat dafür zu groß und zu unständlich. Mag eine Provinz jetzt jährlich 1/2 Million Thaler verwalten und später eine ganze Million, so bedeutet dies viel weniger als eine reichliche oder oberflächliche Eisenbahnverwaltung mit einem viel größeren Beamtenapparat, und es wäre erst noch zu beweisen, ob ein Landirrenhaus wirklich besser verwaltet wird, wenn man einen Gutsherrn und einen Bürgermeister als Kuratorium bestellt.

Handelt es sich nur um das demokratische Ideal einer Kommunalverwaltung, so ist dies kein Ideal, sondern es ist längst verwirklicht. Seit lange bestehen auf breitem Boden des allgemeinen Stimmrechts die Gemeindevertretungen, Samtgemeindevertretungen, Kreisvertretungen, Departementsvertretungen in Frankreich; aber je breiter die Wahlen, desto spärlicher sind die Verwaltungen geworden, und alles, was Macht und Bedeutung für das Kommunalleben hat, konzentriert sich in dem Ortspräsidenten, Kreis- und Departementspräsidenten. Eben'so ist es geworden in den deutschen Nachbildungen, ebenso in England, wo die neuesten Nachbildungen nach gleichem Muster nichts als Bureaokratie erzeugen.

Handelt es sich nur um Interessenvertretung, so wissen wir nun wohl heute, daß ein bloßes Geldinteresse keinen Gemeinfinn erzeugt. Der Aktionär mit seinen 100- und 1000 Thaler-Anteilen, welche oft sein ganzes Vermögen darstellen, vermag zu keiner sachgemäßen Betheiligung an der Verwaltung zu gelangen, sondern spielt noch heute seine stüpe Rolle als Mitglied der Generalversammlung. Sollte 1 Thlr. oder 1/2 Thlr. Steuer wirklich die Bankkraft üben, dem Wähler das nötige Interesse und die Einflüßung in eine Provinzialverwaltung zu gewähren, die er nicht zu gewinnen vermag, wo seine Existenz und sein Lebensglück auf dem Spiele stehen? Kann man bei der maßlosen Mißachtung, in welche unsere Erwerbs-

gesellschaften mit ihren Verwaltungsräthen gerathen sind, immer noch fortfahren, unser Gemeinleben im Kleinen und Großen bloß nach dem Muster der gewählten Verwaltungsbehörde aufbauen zu wollen?

Gewiß wälten dabei noch heute sehr tief gehende Mißverständnisse, die recht langsam zu weichen anfangen. Es steht natürlich Jedem frei, sich bei Selbstverwaltung das Seine zu denken. Die Volkswirthe haben uns mit einer „sozialen Selbstverwaltung“ beschenkt, die sie bald hochpreisen, bald maßlos herunterreißen. Wenn man aber von der Selbstverwaltung als einer Staatsinstitution spricht, von einer historischen Selbstverwaltung, von dem bewährten Segen der Selbstverwaltung: so kann man nichts Anderes meinen, als die persönliche Betheiligung des Bürgers an den Pflichten der öffentlichen Verwaltung und der Rechtsprechung und die daraus hervorgehende praktische Kenntniß der öffentlichen Bedürfnisse, das praktische Urtheil über öffentliche Dinge, die Gemüthung an Uebung der Gerechtigkeit in Nachbarverhand, den Gemeinfinn, der aus der gewohnheitmäßigen Erfüllung öffentlicher Pflichten hervorgeht. Jede andere Art der Selbstverwaltung hat für das Gemeinleben, welches diese Gesetze regeln sollen, keinen Werth und keinen Sinn.

Die den Provinzen zugeordneten Dotationen und Vermögensverwaltungen bilden ein wichtiges und untrennbares Attribut. Der Schwerpunkt dieser Gesetze liegt aber anderwärts: in der Ordnung der Provinzialverwaltung. Im Gesamtstaate stehen Interessenvertretung und Staatsverwaltung in einem gewissen Gleichgewicht; in der Ortsgemeinde ist die Interessenverwaltung sogar überwiegend, so daß man sie auf ein einfaches Wahlsystem zurückführen kann. Die Zwischenglieder des Kreises und der Provinz müssen aber überwiegend Verwaltungsorgane sein wegen der zusammengesetzten Natur des Staats, der durch zwischengeschobene Parlamente seine Willensfähigkeit einbüßen würde.

Das vorliegende Gesetz will also eine neue Verwaltungsordnung begründen. Es will die Verwaltungsjurisdiktion von der einfachen Verwaltung trennen, die letztere einfacher und energischer gestalten und in beiden Gebieten das Beamtenthum bestärken durch mitverwaltende und mitrechtspredende „Schöffen“, um unsern alten volksthümlichen Namen auch in der Gemeindeverwaltung wieder aufzunehmen. Ich halte diese Anlage für richtig und rühmend der Anerkennung werth. Die Vorfrage ist nur eine: kann die Staatsregierung mit den neuen Organen sicher und relativ besser als früher geführt werden? Dies wird die Hauptfrage sein für sehr eingehende Kommissionsberatungen.

Daß die reine Verwaltung besser und energischer durch Einzelbeamte als durch Kollegien geführt wird, ist jetzt wohl anerkannt nachdem unser Verwaltungsrecht in der Hauptsache durch Gesetze geregelt ist. Nur muß man dann die Beschwerdefachen (die jetzt sogenannten Verwaltungsjurisdiktion) von der reinen Verwaltung trennen. Das Bedürfnis für solcher Verwaltung unserer Verwaltungs-Kollegien ist von vielen Seiten lange anerkannt. Je komplizirter die Staatskörper durch die Parlamentsverfassung werden, um so einfacher müssen die exekutiven Organe sich gestalten, wenn nicht die Zustände des deutschen Reiches wiederkehren sollen. Es liegt darin eine schmerzliche fühlbare Aenderung in der Stellung unserer höheren Verwaltungsbeamten. Allein eine solche ist thatsächlich schon erfolgt durch den veränderten Geist unserer Verfassung. Sie ist unvermeidlich. Sie ist schon einmal erfolgt ohne Gefahr. Wir haben 1808 das Generaldirektorium und die kollegialischen Abtheilungen des Geheimen Staatsraths zerlegt und die Ministerialräthe als Besitzer ohne Votum den Departementschefs untergeordnet. Die Ehrenhaftigkeit und eine gewisse Unabhängigkeit des Beamtenthums ist dabei stehen geblieben. Derselbe Aenderung steht jetzt den Oberregierungs- und Regierungsräthen bevor, hoffentlich ohne Gefahr.

Die Provinz wird also jetzt unter dem Oberpräsidenten und seinen Räten eine normale Verwaltungseinheit bilden. Jede Reform derart muß aber m. E. die gewohnten Verhältnisse nach Kräften schonen, und die Regierungen (namentlich die Abtheilung I) vorläufig an ihrem gewohnten Plage lassen. Es wäre unweise, das Personal und die Aften der Regierung kurzweg auf Wagen zu packen und nach der Provinzialhauptstadt zu fahren. Es würde damit Unruhe, Verwirrung und Unzufriedenheit aller Orten entstehen. Alle unsere Gewohnheiten sind einmal an diese Stelle gemiesen. Darum lasse man sie vorläufig an ihrer Stelle, und das Publikum wird außer dem rascheren Geschäftsgange wenig davon merken, daß die Räte zu Besitzern des Präsidenten, der Präsident zu einem Vertreter des Oberpräsidenten, die Behörde zu einer Delegation des Oberpräsidenten, zu einem Commissarius perpetuus des letzteren geworden ist. Diese Gestaltung der Dinge ist in der preussischen Verwaltung längst versucht, sie liegt der heutigen Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu Grunde, sie liegt in dem Wesen einer reinen Exekutive, sie ist auch unsern Reichsverbänden geläufig durch die Gestaltung unseres Ministeriums public. Ich halte es dagegen nicht für rathsam, sowie es der Gesetzentwurf thut, aus Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zwei Instanzen zu bilden. In der Stein-Gardenberg'schen Gesetzgebung war es ursprünglich nicht beabsichtigt; es ist mehr aus der Beamtengewöhnung hervorgegangen, welcher der Entwurf vielleicht zu sehr nachgibt. Eine Verständigung darüber wird wohl zu erlangen sein. Ich halte es für möglich, ja für wahrscheinlich, daß diese delegirten Bezirkspräsidenten“ allmählig als überflüssig in Befall kommen, wie vielleicht auch in Elsaß. Es wird dann aber eine Theilung von 2 oder 3 Provinzen vorangehen müssen.

Mit der vereinfachten Amtverwaltung lassen sich Provinzial- und Bezirksauschüsse zu einer wirklichen Mitverwaltung verbinden und bilden die für eine Selbstverwaltung mögliche Form. Eine solche wird sich an dieser Stelle bewähren, wenn vom unten herauf die Kreisverwaltung wirklich gesuchte Mitglieder zu bilden vermag. Ohne diese Voraussetzung ist die Zuziehung von Patern zur Verwaltung unnütz und nur hemmend. Der Plan des Freiherrn v. Stein, eine Anzahl Gutsherrn kurzweg in die Regierung zu setzen, ist daran gescheitert. Die Glieder des Provinziallandtages sollen ebenfalls nicht aus Urwahlen hervorgehen, wie bei dem französischen conseil général, sondern aus dem Verwaltungskörper des Kreises. Schon aus diesem Grunde wird es notwendig, die heutige Kreisverfassung durch alle Provinzen durchzuführen und auch Amtsbezirke und Gemeinden so zu gestalten, daß verwaltungsfähige Kreisauschüsse daraus hervorgehen. Natürlich mutatis mutandis; denn die sehr verschiedene Besitzvertheilung, die kommunalen Gewöhnungen der Bevölkerung, die in vielen Bezirken nötige stärkere Verwendung von Berufsbeamten machen eine einheitliche Gemeindeordnung unausführbar. Die Umbildung der Provinzial- und Kreisverfassung nach wesentlich einheitlichem System ist aber unabweisbar wegen des Verhältnisses der Provinzen zu der konstitutionellen Gesetzgebung und Verwaltung. Verwaltungsfähige Provinzialauschüsse setzen verwaltungsfähige Kreisauschüsse voraus, und diese wieder ein selbstthätiges Gemeinleben, nicht bloß den Schein einer Selbstverwaltung unter dem Namen von Maire und Gemeinderath.

Jede Selbstverwaltung bleibt aber Verwaltung, d. h. Ausführung von Gesetzen und Anweisungen, soweit es sich um reine Verwaltung handelt. Im konstitutionellen Staate mehr noch als im absoluten muß dafür Sorge getragen werden, daß vom Minister bis zum Schulgen hinab dem verfassungsmäßigen Staatswillen sichere Folge geleistet wird. Kein Minister kann die Verwaltung der Sicherheits- und Kriminalpolizei, der Gewerbe- und Steuergesetze, der Kirchen- und Schulgesetze führen, ohne jene Folgeleistung. Keine Ministerverantwortlichkeit hätte einen Sinn, wenn in Provinz, Kreis- und Ortverwaltung Ausschüsse und Ehrenbeamte ihre eigenen Verwaltungsnormen bilden, die Folgeleistung verweigern und ihre eigenen Ansichten von Recht und Wohl des Staates unter dem Namen einer „selbstständigen“ Selbstverwaltung entgegensetzen wollten. Es gab eine Zeit, in welcher unsere höheren Verwaltungsbehörden ihre Selbstständigkeit als Ersatz für die fehlende Volksvertretung anfaben. Diese Zeiten sind vorüber. Der Reichstag des Einzelnen fällt heute den Verwaltungsgerichten zu, die Vertretung des Ganzen fällt der Landesvertretung zu. Zwischen beiden Draagen giebt es keine Stelle mehr, an welcher der Reichstag durch eine Opposition der lokalen Dr-

der Verwaltung zu suchen wäre. Unsere selbstverwaltenden Aus-
süsse weihen sich daher stets anlehen müssen an den vom Staate
namentlich und dem Staate zunächst verantwortlichen Beamten. Es
dies schon in der Kreisordnung geschehen und wird in dem hiesigen
Gebiete der Provinzialverwaltung wohl noch im erhöhten Maße
sicht finden müssen.

Anders gestalten sich die Organe der Verwaltungsjuris-
tikon. Wo es sich um Verwaltungsbeschwerden d. h.
die freitragende Auslegung der Gesetze und Verwaltungsnormen han-
delt, hat die deutsche Verwaltung seit dem 18. Jahrhundert und schon
vorher alle wesentlichen Garantien der Rechtspflege gewährt durch
eine unabhängige Gestaltung unserer ständigen Verwaltungskollegien.
Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung hat diese Rechts Garantien auf-
gehoben und die höchste Beschwerde-Instanz in einzelne Departements-
gerichte gelegt, nur zu dem Zwecke einer energischen Durchführung der
Rechtsreformgesetzgebung. Später sollten nach Stein's Absicht
die Rechts Garantien einer höchsten kollegialischen Staatsbehörde wie-
hergestellt werden. Eine solche Wiederherstellung ist aber nicht erfolgt, und
es hat in den konstitutionellen Staat übergegangen mit einer Ver-
fassung, in welcher jeder Minister der endgültige Interpret der Ver-
waltungs- und Verfassungsgesetze ist die zur Begrenzung seiner Amts-
befugnisse bestimmt sind. Durch die jetzige Reform fällt mit den kolle-
giellen Regierungen die letzte Garantie einer stetigen, von
Parteiwesen unabhängigen Handhabung des Verwaltungs-
rechtes hinweg! — Hier war der Neubau nötig, den der
Rechtsreform durch Verwaltungsgerichte in 3 Instanzen durch-
zuführen in einer sicherlich richtigen und anerkannterwerthen Anlage, in
der dem berufsmäßigen Beamtenthum die dringend rühmliche Ver-
antwortung durch Verwaltungsgerichte in 3 Instanzen durch-
zuführen in einer sicherlich richtigen und anerkannterwerthen Anlage, in
der dem berufsmäßigen Beamtenthum die dringend rühmliche Ver-
antwortung durch Verwaltungsgerichte in 3 Instanzen durch-
zuführen in einer sicherlich richtigen und anerkannterwerthen Anlage, in

Wir hoffen, dem Freiherrn v. Stein in diesem Jahre ein Denk-
mal in Erz vor diesem Hause zu setzen; möge die Kommission so ar-
beiten, um ihm ein Denkmal auch in diesem Hause zu setzen.

Abg. Dr. Petri: Es ist bei der Einführung der Kreisordnung
schon gesagt worden, wie jetzt; die Bestimmungen haben
nicht erfüllt. Von allen preussischen Provinzen ist keine so bunt
angeordnet, wie in der Gesetzgebung über Verwaltung und Recht
bestehende Kommunalverbände wie meine Heimathprovinz; denn es
sind dort 7 Gemeindeordnungen und 3 Kommunalverbände. Es
ist somit ein dringendes Reformbedürfnis vor und das wird auch
in Nassau, namentlich bezüglich der kommunalen Wahlen
erkannt, in denen jetzt die rein ländliche Tendenz vorwiegt.
Man hat sich aber mit Recht gegen die Absicht, uns eine
einheitliche Gemeindeordnung mit Rheinland-Westphalen zu geben,
energischer Widerstand geltend gemacht, weil wir weder den öf-
fentlichen Amtsvorsteher, noch den weltlichen Bürgermeister brauchen kön-
nen. Es gibt bei uns keine aristokratischen Kasten, sondern der
Landbesitz ist so parzellirt, daß das Gesamtvermögen ziemlich
gleichmäßig vertheilt ist, so daß dort gewissermaßen ein demokratischer
Kulturstaat besteht. Außerdem aber haben wir auch wiederum
eine ganz andere historische Entwicklung des Gemeinwesens, als die
in Rheinland. Durch Zusammenlegung mehrerer leistungsfähiger Ge-
meinden wird noch immer nicht eine leistungsfähige geschaffen. Daß
die nötige Intelligenz bei uns in den kleinen Gemeinden nicht
vorhanden ist, ist nicht zutreffend; und wenn sich hier und da Bürger-
vereine vielleicht als ungeeignet erwiesen haben, so ist doch die unge-
wöhnliche Masse von neuen Gesetzen zu bedenken, welche unsere Provinz
1866 bekommen hat. Die Zahl belief sich beiläufig in sechs
Monaten auf 2891! (Hört!) Dazu kommt als positiver
Grund gegen die Einführung der Reform bei uns, daß wir
Gegensatz zwischen Stadt und Land gar nicht kennen und daß
derselben bei uns eine Verschleppung der Geschäfte gegen jetzt
bestehen würde. Es sprechen überhaupt gegen den Amtsvorsteher bei
diesem Orte, die gegen den Regierungspräsidenten geltend
gemacht worden sind. Das Prinzip der Selbstverwaltung fordert ja
gar nicht, daß man auch auf der untersten Stufe der politischen
Ordnung die Umformung durchführt; gerade hier muß dem ger-
einsten Zug nach individueller Gestaltung Rechnung getragen wer-
den. Gehen wir daher in der Reform nicht inne, behandeln Sie aber
die Provinz Hessen-Nassau in Rücksicht auf die Eigenartigkeit ihrer
Verhältnisse selbständig.

(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Februar.

In der Sitzung der II. Abtheilung des Obertribunals senats
Strafsachen, unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten, Wirklichen
heimen Ober-Justizraths Dr. Grimm vom 4. Februar cr., 9½ Uhr,
ange der Kassationsrekurs des katholischen Geistlichen Franz
neider zur Verhandlung.

Derselbe, zu wiederholten Malen wegen Verletzung der Majestäts-
verleumdung, schriftl., nachdem er im Oktober 1874 aus dem Regierungs-
gefängnis Trier ausgewiesen worden, heimlich wieder zurück und nahm
den beiden auf einander folgenden Sonntagen vom 25. Oktober
1. November 1874 abermals in der Laurentius-
straße zu Trier geistliche Amtshandlungen vor. Wegen dieser
Handlungen vom Justizpolizeigericht zu Trier am 4. November
1874 zu einer Geldstrafe von 100 Thlrn. event. zu einem Monat und
zwei Wochen Gefängnis in contumaciam verurtheilt, legte der Ange-
klagte Berufung bei der Justizpolizei-Appealationskammer ein, welche
auch gleichfalls in contumaciam, da Angeklagter bei den gerichtlichen
Verhandlungen nicht anwesend war, verworfen wurde, und meldete
sich dem Kassations-Rekurs beim Ober-Tribunal an. Nachdem in
der Sitzung vom 4. Februar cr. Ober-Tribunals-Rath Strudmann
über den bisherigen Gang des Prozesses referirt, und Ober-Staats-
anwalt Dr. Oppenhoff als Vertreter der General-Staatsanwaltschaft
die Verwerfung des Kassations-Rekurses gelehrt, verhandelte nach
Berathung des Kollegiums der Vorsitzende das Urtheil, nach
welchem der Kassations-Rekurs zu verwerfen und die Kosten des
Rekurses dem Imploranten zur Last zu legen sind.

In weiten Kreisen findet der Bericht große Beachtung, den
der Stadtschulrath Professor Dr. Hofmann über die Errichtung
öffentlicher höherer Mädchenschulen erstattet hat. Die
Schrift verbreitet sich in sehr eingehender Weise über die Fragen:
Welche Schulen außer den Fachschulen für die männliche und welche
für die weibliche Jugend nötig sind; inwiefern das Unterrichts-
bedürfnis durch Privatschulen gedeckt werden kann und soll, und dann
über die Nothwendigkeit, eine Anzahl höherer Töchter Schulen in
Berlin zu errichten. Die allgemeinen Grundsätze des Berichts über
Fachschulen und Privatschulen sind, wie die „Nat.-Blg.“ hört, auch im
Kultusministerium ein Gegenstand lebhafter Betrachtungen geworden.

(Presse.) Die konservativen Elemente innerhalb und außer-
halb unserer parlamentarischen Vertretungen haben die Herausgabe eines
Organes beschlossen, für welches bereits ausreichende Mittel angezeichnet
worden sind. Die neue Zeitung soll in großem Stile angelegt und
darauf berechnet sein, der „Kreuz-Blg.“ Konkurrenz zu machen. Es

handelt sich somit um die Creirung eines gubernementalen Blattes un-
ter konservativer Firma. Ob dafür eine Brücke zwischen den analogen
Prekesscheinungen in der Residenz zu finden, ist allerdings eine andere
Frage — „Selling's Bienenblatt“, welches vor drei Jahren von
seinen Begründern unter vortrefflichen Auspicien eingeführt, hat, nach-
dem dieselben sich von dem Unternehmen zurückzogen, mannigfache
Kämpfe um seine Existenz durchmachen müssen. Namentlich waren die
letzten Wochen verhängnißvoll für das weitere Bestehen des Blattes,
indem dasselbe einige Male wider Willen seine Besitzer wechselte, bald
ganz herrenlos war und gar nicht erschien. Jetzt hat es seinen Abon-
nenten von Neuem sich präsentiert, zwar verkleinert, doch unter der seit
zwei Jahren bekannten Firma Koberbeck. Von anderer Seite verlautet,
daß über das Blatt auf Antrag eines Gläubigers bereits der Konkurs
eröffnet sei.

Aus dem Kreise Marienwerder, 8. Februar, erhält der
„Gesell.“ folgende auffällige Mittheilung:

Einige Polen, denen es ein Gräuel ist, daß ihre Jungen nach-
drücklich angehalten werden, in der Schule deutsch zu lernen, glaubten
im Interesse ihrer bedrohten Nationalität zu handeln und der dringenden
Mahnung des „Prayciaci ludu“, welcher verlangt, daß den deut-
schen Lehrern streng auf die Finger gesehen werde, zu entsprechen, in-
dem sie gegen diesen Lehrer ein Lügengewebe von entstellten Thatsachen
in Form einer iactigen Denunciation, die sich selbst auf lächerliche
Kleinigkeiten erstreckte, bei der Regierung anbrachten. Und was that
der Herr Landrath v. Busch, dem die vorläufige Untersuchung der Be-
schwerdepunkte übertragen wurde, gegenüber der wirklich nicht schwer
erkennbaren gegen das deutsche System, dessen Organ der Lehrer ist,
gerichteten Machination? Auf die bloße, keineswegs eidliche Aussage
der Kläger und ihrer gleichgestimmten Zeugen hin und ohne die volle
Gegenerklärung des Lehrers und seiner Entlastungszeugen abzuwarten,
stellte er in einem an die königl. Regierung gerichteten Schreiben das
Ansuchen, den Lehrer ohne Weiteres zu versetzen. Daß Herr v. Busch
im vorliegenden Falle den wohl organisierten Bestrebungen der Polen
gegen das Deutschtum und die Regierung in die Hände arbeitet und
daß auf diese Art wohl alle Lehrer fortwährend von einer Stelle auf
die andere getrieben werden müßten, scheint er nicht in Betracht ge-
nommen zu haben, denn andernfalls wäre ein vermittelndes Eingreifen, zu
welcher der Lokalschulinspektor und auch der Landrath berechtigt und
verpflichtet erscheint, wohl am Platze gewesen.

Strasburg, 8. Februar. Der für Strasburg gewählte Reichs-
tagsabgeordnete und frühere Bürgermeister Lauth läßt in den öffent-
lichen Blättern „einen seiner Freunde“ das Wort ergreifen, um die
ihm vorgeworfene Unthätigkeit im Reichstage auch aus Anlaß der
Stadterweiterungsfrage zu rechtfertigen. Derselben „höheren Interessen“,
welche Herrn Lauth geboten, nach abgegebenem „Proteste“ den Reichs-
tag zu meiden, seien es auch, die ihm das Erscheinen und Eingreifen
wegen materieller Dinge unmöglich machten. Er überlasse demnach
die Verantwortung für die Stadterweiterung den Behörden.

Locales und Provinzielles.

Posen, 12. Februar.

r. Aus dem hiesigen Kreisgerichts-Gefängnisse, welches
bekanntlich zur Unterbringung sämmtlicher, von dem hiesigen Kreis-
gerichte verurtheilten Personen viel zu klein ist, sind allein im Monat
Januar d. J. 60 Personen auswärtigen Gefängnissen überwiesen
worden.

Vermischtes.

* Wien, 11. Februar. Den Morgenblättern wird aus Czuczawa
gemeldet, daß gestern auf der Station Ruda der Lemberg-Czerno-
witzer Bahn eine Entgleisung stattgefunden hat. Sieben Lokwagen
wurden dabei zertrümmert. Zwei Personen sind verwundet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Wien, 11. Februar. Das „Neue Fremdenblatt“ bemerkt gegen-
über der Meldung verschiedener Blätter über eine angebliche Aeuße-
rung des Ministerpräsidenten, wonach die Regierung sich demnachst
veranlaßt sehen werde, im Abgeordnetenhause die Vertrauensfrage zu
stellen, daß diese Aeußerung in Privatgespräche gethan sei und fügt
ergänzend hinzu, daß mehrere Abgeordnete den Ministerpräsidenten
aufgefordert haben, ohne Bögen die Vertrauensfrage zu stellen; er
werde sich dabei überzeugen, daß die ganze Verfassungskarte dem Mi-
nisterium nach wie vor ihr volles Vertrauen entgegenbringe.

Paris, 12. Januar. Die Annahme des Amendements Duprat,
welches die Linke unterstützte und das rechte Zentrum bekämpfte, wurde
dadurch herbeigeführt, daß 30 Bonapartisten dafür stimmten und sich
50 Legitimisten der Abstimmung enthielten. Man glaubt, das rechte
Zentrum werde nunmehr das ganze Senatsgesetz ablehnen.

Versailles, 11. Februar. Die Nationalversammlung nahm mit
322 gegen 310 Stimmen den Antrag Duprat an, wonach der Senat
gewählt wird und zwar von den nämlichen Wahlberechtigten, die
auch zur Deputirtenwahl berechtigt sind. Hierauf wird die Sitzung
vertagt, weil der Vorsitzende der konstitutionellen Kommission, von
deren Vorlage wenig übrig geblieben ist, erst neue Anträge formulir-
en will.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 151. k. preuß. Klassen-Lotterie

Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in
Parentese beigefügt.

Berlin, 11. Febr. Bei der heute bewiegten Ziehung sind fol-
gende Nummern gezogen worden:

55 64 174 (120) 245 364 (180) 408 25 56 646 (150) 865 942
89 95 1070 221 406 34 766 67 816 933 82 97 2131 270 311
499 510 733 3053 84 137 200 65 335 36 70 411 514 46 788
800 932 (180). 4142 55 215 349 50 476 97 535 47 649 706 61.
5129 40 203 (120) 326 695 706 19 (120) 850 91 904 50. 6221
41 47 321 48 451 624 25 48 65 724 52 57 65 829 925 36
7003 412 662 741 58 80. 8191 271 306 73 440 535 721 60
(120) 823 912. 9014 144 89 290 414 34 506 710 77 (120) 83
811 39 (120) 67 87 907 8 24 87.
10069 179 271 (120) 349 407 74 81 656 824 (180) 904 59.
11058 295 658 (120) 73. 12010 193 242 437 52 68 565 722.
13030 (300) 468 698 731 82 95 840 (240) 953 58. 14015 79 (120)
98 211 52 501 66 76 95 620 54 (150) 708 837. 15153 81 266
397 (150) 447 60 555 678 722 978. 16022 51 52 209 48 561
852 85 952 80 98. 17003 401 609 61 98 827 914 72 91. 1804
129 36 208 302 453 95 522 622 98 808 926. 19223 48
531 76.
20119 589 839 76 (120) 998 21014 17 592 625 705 806.
22148 51 278 381 567 911. 23020 116 45 271 322 786 919.
24066 157 481 564 727 75. 24091 226 423 533 35 66 699
370 75 542 815 37 920 64. 26019 226 423 533 35 66 699
798 829 32 938 (120). 27022 84 132 292 465 605 62. 28028
323 52 62 512 25 33 95 688 812 14 25 50 932 40 (120) 76 85.
29077 688 688 724 *957.
30,012 (120) 34 53 186 94 329 617 41 708 12 46 869 997.
31,025 171 398 409 35 40 572 731 59 836 976 32,244 326
98 431 736 72 840 933. 33,013 16 (150) 130 (150) 244 445 85

528 634 770 827 65 900 33. 34,055 61 138 397 443 664 770
814 31 (120) 951. 35,020 67 132 74 221 47 97 376 439 563 68
70 679 897 919. 36,123 51 64 217 39 43 79 328 (120) 48 73 93
611 74 759 61 865 974. 37,043 46 231 315 25 58 98 (120) 525
96 (120) 653 710 38 55 816. 38,022 (120) 94 168 226 64 530 35
(120) 729 44 897 (180) 99 930 37 (120). 39,003 27 145 217 340
63 64 402 530 79 660 700 64 804.
40,018 351 60 419 24 (150) 523 68 812 (150) 943 54 88 98.
41,253 320 437 539 78 626 801 24 995. 42,140 231 (120) 307
9 33 415 74 610 34 820 70. 43,061 83 182 84 240 94 (150) 427
88 617 807. 44,012 82 230 33 48 326 36 693 713 816 45,284
511 437 563 77 688 741 70 850 900. 46,020 126 223 (120)
316 403 33 35 912 38. 47,094 232 317 481 632 (240) 45 83 (150)
892 97. 48,026 44 (120) 150 52 302 470 (120) 551 65 71 928.
49,071 96 158 64 286 619 814.
50,002 19 31 119 274 76 331 98 (120) 546 690 785 904.
51,594 649 744 805. 52,365 53 232 69 399 721. 54,162 229
32 328 478 617 (240) 52 818 (150) 932 89. 55,149 233 660 (120)
71 731 98 838 915 47. 56,074 108 363 (120) 578 714 22 847
98. 57,088 257 380 (120) 401 (120) 14 734 35 (120). 58,219
(120) 365 449 504 (180) 13 62 710 838 922. 59,011 530
603 788.
66,202 9 333 631 39 86 768 90 864 988. 61,133 61 308
475 (120) 580 624 91 774 841 913 (300). 62,042 100 34 522
51 53 78 (150) 615 709 (120) 47 (150) 55 868 63,036 515 17 40
747 98 907. 64,022 66 (120) 162 256 (120) 87 467 554 80 614
727 (120) 96 845 986 (120) 65,027 46 79 112 (120) 253 318 421
540 98 680 789 971. 66,172 267 76 (120) 414 93 680 796 888
89 91. 67,084 (120) 147 (150) 204 343 558 684 719 24 870
900 95 68,029 (150) 92 212 486 600 47 725 (120) 75 817 977.
69,019 171 78 232 70 319 57 501 31 33 65 68 679 98 771 840
58 74 931 86.
70,039 415 639 700 858. 71,040 (120) 324 416 561 615 87
882. 72,005 149 248 95 99 323 (120) 508 41 610 764 963 80 87.
73,132 385 474 509 731 853 69 95 (240) 911. 74,004 73 134 364
546 66 78 672 801 76 945 66. 75,001 66 275 99 306 38 80 407
515 21 79 81 631 (120) 72 707 42 888 (150). 76,041 (150) 53 98
108 62 72 73 259 77 431 53 832 33 936 69 73. 77,148 73 78 284
350 71 481 774 (120) 823 931. 78,031 119 266 (120) 348 50 512
878 922 62 80. 79,109 (120) 47 96 464 93 561 735 56 60 847 (120)
65 926 39.
80,048 115 38 67 212 18 366 457 511 52 85 607 57 (120)
715 38 94 881 987. 81,031 33 83 (120) 101 24 213 390 501 8
69 654 59 724 (120) 69 915 (150). 82,221 81 657 76 715 (120)
27 44 51 (120) 929 (180) 905 23 (120) 60. 83,002 15 322 43 98 624
917 76. 84,272 384 466 75 (120) 85 605 (120) 53 58 722 27 827
40 913. 85,061 (300) 72 290 318 82 456 804 42 43 49. 86,071
113 416 58 555 607 33 782 857 906. 87,098 250 303 43 52
623 28 745 849 88 914 26 47. 88,013 115 16 229 31 (120) 38
367 87 98 844 (150) 949. 89,129 (120) 44 58 69 219 (120) 52 90
395 413 48 89 533 79 82 88 90 677 778 895 915.
90,041 87 163 (150) 232 305 527 754 870. 91,043 (120) 61
256 336 85 436 49 75 84 531 633 987. 92,031 53 167 69 90
204 356 454 57 67 566 92 801 973 79 87. 93,045 78 (120) 157
206 64 315 40 471 566 68 797 825 46 917 30. 94,023 299 596
742 49 56 851 974.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 11. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus
pr. 100 Liter 100 pEt. pr. Febr. 54, 69, pr. April-Mai 55, 60. Juni-
Juli —. Weizen pr. April-Mai 173,00. Roggen pr. Februar
144, 00. pr. April-Mai 144, 50, pr. Mai-Juni —. Rüböl
pr. Februar —, pr. April-Mai 52, 75, pr. Mai-Juni 54, 00.
per Sept.-Okt. 57,00. Zink fest. Wetter: —.

Böln, 11. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter
Frost. Weizen beppt., hiesiger loco 19, 50, fremder loco 19, 00,
pr. März 18, 75, pr. Mai 18, 30. Roggen unv., hiesiger loco
16, 50, pr. März 14, 50, pr. Mai 14, 25. Hafer loco 19, 50,
pr. März 18, 10, pr. Mai 17, 35. Rüböl matt, loco 29, 00, pr.
Mai 29, 10, pr. Oktober 30, 50.

Bremen, 11. Februar, Petroleum (Schlußbericht). Standard
white loco 11 Mt. 80 Pf. 53. Schwach.

Hamburg, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco flau,
auf Termine flau. Roggen loco flau, auf Termine flau. Weizen
126-pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 184 B., 182 G., pr. April-Mai
1000 Kilo netto 181 B., 180 G., Mai-Juni 1000 Kilo netto
181½ B., 180½ G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 184½ B., 183½
G., Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 150 B., 148 G., pr. April-
Mai 1000 Kilo netto 145½ B., 144½ G., Mai-Juni 1000 Kilo netto
144½ B., 143½ G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 143 B., 142
G., Hafer ruhig. Gerste still. Rüböl ruhig, loco und pr. Febr.
57, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56½. Spiritus ruhig, pr. Februar 44½
pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni 45, per Juni-Juli pr. 100 l. 100
pEt. 45½. Raffee ruhig, Ums. 2000 G. Petroleum mitter, Stan-
dard white loco 12, 50 B., 12, 25 G., pr. Februar 12, 25 G., pr.
Februar-März 12, 00 Gd., pr. August-Dezember 12, 35 Gd. — Wetter:
Schnee

London, 11. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbe-
richt). Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppen-
dem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen. — Wetter: —.

Liverpool, 11. Februar, Vormittags. Baumwolle (Anfangs-
bericht). Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Verschiffun-
gen matt. Tagesimport 24,000 Ball, davon 13,000 Ball. amerikanische,
— B. ostind.

Liverpool, 11. Februar, Nachmittags. Baumwolle. (Schluß-
bericht): Umsatz 15000 B., davon für Spekulation und Export 3000
Ballen. Stetig, unverändert. Amerikanische Verschiffungen etwas
theurer.

Middl. Orleans 7½, middling amerikan 7¼, fair Dhollerah
5¼, middl. fair Dhollerah 4¾, good middling Dhollerah 4½, middl.
Dhollerah 4¼, fair Bengal 4¼, fair Broach 5½, new fair Domra
5¼, good fair Domra 5¼, fair Madras 5, fair Bernam 8½, fair
Smyna 6½, fair Egyptian 8½.

Manchester, 11. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage
7½, 12r Water Taylor 9½, 20r Water Midolls 10¼, 30r Water
Giblow 11½, 30er Water Clayton 13½, 40er Mülle Maholl 12, 40r
Medio Wilkinson 13¼, 36r Warpeops Qualität Rowland 13, 40r
Double Wefson 13½, 60r Double Wefson 16, Printers 11½, 11½
8½-pfd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Stasgow, 11. Februar. Kobaltien. Mixed numbers warranis
73 Sh. 6 d

Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 7548 Tons gegen
7303 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Paris, 11. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.)
Weizen ruhig, pr. Febr. 24, 25, pr. März-April 24, 50, pr.
Mai-August 25, 25, pr. Mai-Juni 25, 00. Roggen, pr. Februar
—, pr. März-April —, pr. Mai-August —, pr. Mai-Juni —, pr. Febr.
pr. Februar 51, 50, pr. März-April 51, 75, pr. Mai-August 53, 50,
pr. Mai-Juni 53, 00. Rüböl weich, pr. Februar 73, 75, pr. März-
April 74 75, pr. Mai-August 75, 50, pr. September-Dezember 77, 25.
Spiritus matt, pr. Februar 53, 50, pr. Mai-August 54, 50. — Wetter:
—.

Amsterdam, 11. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt) Schluß-
bericht. Weizen pr. Mai 265, pr. Nov. 271, Roggen pr. März
181½, pr. Mai —. Hafer pr. Herbst — fl. Rüböl loco —, pr.
Mai —, pr. Herbst —. Wetter: —.

Antwerpen, 11. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.
Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen matt. Roggen beppt.,
Odeffa 18. Hafer fest, Donau —, Nizza 24. Gerste ruhig.
Vende —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß.
loco 27½ bez., 27½ B., pr. Febr. 27 bez., 27½ Br., pr. März 28 ½,
28½ B., pr. Sept. 32 ½ u. B., pr. Sept.-Dez. 32½ B. Fest.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. Februar. Wind: W. Barometer 27, 11. Thermo- meter früh - 1° R. Witterung: Schnee. Im Gegensatz zu gestern war heute die Stimmung für Roggen wieder recht gedrückt. Die Anerbietungen auf Termine zeigen sich gleich Anfangs reichlich, so daß die Käufer sich zurückhielten. Lohs ist gute Waare bequemer veräußert, die geringeren Sorten dagegen nur langsam untergekauft worden. Gefündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 144,50 Rm. per 1000 Kilgr. - Roggenmehl matter. - Weizen hat im Verthe merklichen Rückschritt gemacht, war dann aber mehr beachtet und schließt in etwas befestigter Haltung. - Hafer loco matt, Käufer im Vortheil; Termine niedriger, aber zum Schluß wieder fest. - Müßel auf nahe Lieferung ziemlich reichlich angeboten und billiger verkauft; Herbst war weniger matt. - Spiritus still, eröffnete matt, schließt aber fest, ein wenig besser, als gestern. Weizen loco per 1000 Kilogr. 165-207 Rm. nach Dual. gef., selber per diesen Monat - April-Mai 177,50-176-177 Rm. b., Mai-Juni 178,50-178 Rm. b., Juni-Juli 181,50-180-180,50 Rm. b., Juli-August 183-182 Rm. b. - Roggen loco per 1000 Kilgr 138-

162 Rm. nach Dual. gef., inland. 152-160 ab B. n. russischer 139-145, russ. defekt. 129-132 do., per diesen Monat 145,50-144-144,50 Rm. b., Febr.-März 143,50-143 Rm. b., Frühjahr 142,50-141,50-142,50 Rm. b., Mai-Juni 141-140 Rm. b., Juni-Juli 141-140-140,50 Rm. b. - Gerste loco per 1000 Kilgr. 144-190 Rm. nach Dual. gef. - Hafer loco per 1000 Kilogr. 160-190 Rm. nach Dual. gef., vom u. medl. 180-188, russ. 159 a 176, ost u. westpreuß. 165 a 176 ab B. n. b., per diesen Monat -, Frühjahr 163,50-167,50 Rm. b., Mai-Juni 162-161,50-162 Rm. b., Juni-Juli 161,50 Rm. b., Juli-August 155 b., - Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 187-234 Rm. nach Dual., Futterwaare 177-186 Rm. nach Dual. - Kaps per 1000 Kilgr. - Leinöl loco per 100 Kilogr. ohne Faß 62 Rm. - Rüßöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 52,5 Rm. b., mit Faß -, per diesen Monat 53 Rm. b., Febr.-März do., April-Mai 53,8-53,5 Rm. b., Mai-Juni 54,4-54,1-54,2 Rm. b., Sept.-Okt. 57,5-57,2 Rm. b. - Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loco 27 Rm. B., per diesen Monat 25,20 Rm. b., Febr.-März 24,20 Rm. b., April-Mai 23,50 Rm. b., Sept.-Okt. - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 53,3-56,5 Rm. b., per diesen Monat -, loco mit Faß -, per diesen Monat 57,3

Rm. b., Febr.-März do., März April -, April-Mai 58,2-5,4 Rm. b., Mai-Juni 58,3-58,5 Rm. b., Juni-Juli 59,3-59,4 Rm. b., Juli-August 60,3-60,4 Rm. b., Aug.-Sept. 60,6-60,8 Rm. b. - Mehl Weizenmehl Nr. 0 26-25 Rm., Nr. 0 u. 1 24,75-23 Rm., Roggenmehl Nr. 0 23,22 Rm., Nr. 0 u. 1 21-20 Rm. per 100 Kilogr. Brutto incl. d. d. per diesen Monat 20,6 Rm. b., Febr.-März do., März-April do., April-Mai 20,60-20,50-20,60 Rm. b., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August do. (B. u. S. B.)

Bromberg, 11. Februar. (Marktbericht von A. Breidenbach.) - Weizen 162-160 Mark. - Roggen 140-150 M. - Gerste 153-165 M. - Hafer 162-175 M. (Alles per 1000 Kilo nach Qualität- und Effektivgewicht) - (Privatbericht.) Spiritus 51,50 Mark per 100 Liter a 100 pCt.

Wasserstand der Warthe.

Sofen, am 10 Februar 1875 12 Uhr Mittags 1,14 Meter. 11. " " " " 0,50

Breslau, 11 Februar.

Matter. Freiburger 92,50, do. junge - Oberkies 143,50, R. Oder- ufer-St. A. 111,00, do. do. Prioritäten 112,25, Franzosen 529,00 Lombarden 237,50, Italiener - Silberrente 69,40 Rumänier 34,85 Bresl. Distrikobank 82,75, do. Wechselbank 75,50, Schles. Bank 105,50, Kreditaktien 401,00, Laurahütte 118,25, Oberkies Eisenbahnbed. - Oesterreich. Bank 183,30, Russ. Banknoten 283,50, Schles. Vereinsbank 91,50, Deutsche Bank - Breslauer Prod.-Wechslerb. - Kramsta 90,00, Schlesische Centralbahn -, Bresl. Delf. -

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 189%, Franzosen 263% Lombarden 118. Frankfurt a. M., 11. Februar, Abends. (Effekten-Sozietät.) Kreditaktien 199%, Franzosen 263%, Lomb. 118%, Galizier 213%, Bankaktien -, Darmstädter Bankaktien -, Meininger Bankaktien -, Brüsseler Bank -, Spanier -, Fest. Wien, 11. Februar. Anfangs schwach und ohne ausgeprägte Tendenz, entwickelte sich später lebhafter Verkehr bei steigenden Coursen. Schluß der Börse fest, aber still, Bahnen weichend. Nachbörse: Matt. - Kreditaktien 220, 50, Franzosen 291, 00, Galizier 235, 50, Anglo-Austr. 135, 75, Unionbank 102, 75, Lombarden 132, 25, Ungar. Loose -, Nordbahn - [Schlußcourse.] Papierrente 70, 85, Silberrente 75, 85, 1854er Loose 107, 20, Bankaktien 960, -, Nordbahn 1935, Kreditaktien 220, 50, Franzosen 290, 50, Galizier 235, 50, Nordwestbahn 152, 00, do. Lit. B. 73, 50, London 111, 60, Paris 44, 20, Frankfurt 54, 20, Böhm. Westbahn -, Kreditloose 165, 00, 1860er Loose 111, 00, Lomb. Eisenbahn 132, 50, 1864er Loose 140, 50, Unionbank 103, 20, Anglo Austr. 135, 75, Austro-türkische -, Kapoteons 8, 91, Dukaten 5, 25%, Silberloose 105, 75, Elisabethbahn 185, 50, Ungarische Prämienanleihe 83, 10, Preussische Banknoten 1, 64. Wien, 11. Februar, Nachmittags 12 Uhr 55 Minuten. Kreditaktien 220, 75, Franzosen 290, 50, Galizier 235, 50, Anglo-Austr. 135, 00, Unionbank -, 00, Lombarden 132, 50, Besser. London, 11. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank flossen heute 19,000 Pf. Sterl. Platzdiskont 2% pCt.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 11. Februar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. (Schlußkurse.) Londoner Wechsel 205,10, Pariser Wechsel 81,50, Wiener Wechsel 182,80, Franzosen *) 264, Böhm. Westb. 171, Lombarden *) 117, Galizier 214, Elisabethbahn 169, Nordwestbahn 139, Kreditaktien 200, Russ. Bodenr. 91, Russen 187, 101, Silberrente 69,4, Papierrente 64, 1860er Loose 115, 1864er Loose -,00, Amerikaner de 82,98, Deutsch-Oesterreich. 84, Berliner Bankverein 81, Frankfurt. Bankverein 81, do. Wechselbank 88, Bankaktien 874, Meiningen Bank 90,4, Sächsische Effektenbank 112,4, Darmstädter Bank 142,25, Brüsseler Bank 102,4. Schluß matt bei mäßigem Geschäft, Anlagewerthe belebt, Schatzbonds sehr lebhaft, Geld flüssig. *) per medio resp. per ultimo.

Das Geschäft gewann im Allgemeinen keine große Ausdehnung; doch ließen umfangreiche spekulative Transaktionen die Umsätze sich recht belebend gestalten. Der Geldstand hat keine wesentliche Veränderung erfahren; das Diskonto betrug im Privatwechselverkehr 1/4-1/8 pCt. für erste Devisen. Die österreichischen Spekulationspapiere gingen zu niedrigeren Coursen ziemlich lebhaft um; besonders gilt das von Kreditaktien und Lombarden. Die fremden Fonds und Renten blieben fest bei mäßigen Umsätzen; lebhafter wurden Türken und Italiener zu besseren Coursen gehandelt; auch Oesterreichische Renten gingen lebhafter um, während russische Werthe weniger in Verkehr traten. Nordd. Gr. G. A. B. 7 1/2 102,50 b3, Ostdeutsche Bank 4 77,25 b3, do. Produktbank 4 -, do. Dester. Kreditbank 5 416,50 b3, Posener Prod.-Bl. 4 107,25 b3, do. Prov. Wech. Bl. 4 1,00 B, Pr. Bod.-R.-A.-B. 4 107,75 b3, do. Bankanttheil 4 145,00 b3, do. Gr.-Bd. Apr. 5 119,50 b3, Kofstater Bank 4 110,00 b3, Sächsische Bank 4 116,70 B, Schlef. Bankverein 4 105, G, Thüringer Bank 4 89, G, Weimarer Bank 4 82,25 b3, Prf. Gyp. Versicher. 4 128,00 b3, G. u. ausländische Prioritäts-Obligationen. Aachen-Mairtricht 4 91,75 B, do. II. Em. 5 99,25 G, do. III. Em. 5 99,25 G, Bergisch-Märkisch 4 100, G, do. II. Ser. (cont.) 4 99,50 G, III. Ser. 3 v. St. G. 3 83,75 G, do. Lit. B. 3 83,75 G, do. IV. Ser. 4 99,50 B, do. V. Ser. 4 99,50 G, do. VI. Ser. 4 98,25 G, do. Düffel. C. B. 4 92, B, do. II. Ser. 4 98,25 G, do. Dortmund. Soest 4 91,75 G, do. II. Ser. 4 98,25 G, do. (Nordbahn) 5 102,75 b3, Berlin-Anhalt 4 97,00 G, do. do. 4 101, b3, do. Lit. B. 4 101, B, Berlin-Görlitz 5 104,00 G, Berlin-Hamburg 4 95,10 G, do. II. Em. 4 95,00 G, Baf.-Votib.-Ngb. Lit. A. u. B. 4 92,00 G, do. Lit. C. 4 92,50 B, Berl.-Stett. II. Em. 4 93,25 b3, do. III. Em. 4 93,25 b3, do. IV. Ser. v. St. G. 4 102,50 b3, do. VI. Ser. do. 4 92,50 G, Bresl.-Schw.-Frh. 4 99, G, Köln-Krefeld 4 96,50 b3, Köln-Mind. I. Em. 4 101,00 B, do. II. Em. 5 104,30 b3, do. do. 4 96,00 B, do. III. Em. 4 93, G, Köln-Mind. IV. Em. 4 93,75 b3, do. V. Em. 4 93,00 B, Halle-Soran-Gub. 5 96,50 B, Märkisch-Posener 5 102,00 B, Magdeb.-Halberst. 4 99,75 G, do. do. 1865 4 99,75 G, do. do. 1873 4 99,75 B, do. Wittenb. 3 73,95 G, Niederschl.-Märk. 4 98,00 B, do. II. Ser. a 2 1/2 pCt. 4 95,50 G, do. c. l. u. II. Ser. 4 98, B, do. con. III. Ser. 4 96,50 G, Oberchl. Lit. A. 5 92,50 G, do. do. B. 3 84,50 G, do. do. C. 4 92,75 G, do. do. D. 4 93, B, do. do. E. 3 84,50 G, do. do. F. 4 100,50 G, do. do. G. 4 99,60 b3, do. do. H. 4 100,80 G, do. con. u. 1869 5 103,75 b3

Spanier 23%, 6proz. ungar. Schatzbonds 91%, Konfols 93 1/16, Italien. 5proz. Rente 68 1/16, Lombarden 11 1/16, 5proz. Russen de 1871 101 1/16, 5proz. Russ. de 1872 101 Silber 57 1/2, Türkl. Anleihe de 1865 43 1/2, 6proz. Türken de 1869 57, 6proz. Vereinigt. St. v. 1882 104 1/2, do. 5 pCt. fundirt 102 1/2, Oesterreich. Silberrente 68 1/2, Dester. Papierrente 64 1/2, Wechselnotirungen: Berlin 20, 69, Hamburg 3 Monat 20, 69, Frankfurt a. M. 20, 69, Wien 11, 35, Paris 25, 45, Petersburg 32%, Paris, 11. Februar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 64, 82 1/2, Anl. de 1872 101, 90, Italiener 68, 60, Franzosen 651, 25, Lombarden 298, 76, Türken 43, 55, Spanier 23,50 Fest, do. inter. 18 1/2, Fest. [Schlußkurse.] 3 procent. Rente 64, 92 1/2, Anleihe de 1872 102, 05, Ital. 5proz. Rente 68, 80, Ital. Tabakaktien -, Franzosen 651, 25, Lombard. Eisenbahn-Aktien 301, 25, Lombard. Prioritäten 245, 50, Türken de 1865 43, 72 1/2, Türken de 1869 295, 00, Türkenloose 127, 25, New-York, 10. Februar, Abends 6 Uhr. (Schlußkurse.) Nächste Notirung des Goldagio 1 1/2, niedrigste 1 1/4, Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 1/2 C. Goldagio 1 1/4, 1/30 Bonos de 1885 119 1/2, neue 5proz. fundirt 115 1/2, Bonds de 1887 -, Erie-Bahn 27 1/4, Central-Pacific 97, New-York Centralbahn 101 1/4, Baumwolle in New-York 15 1/4, Baumwolle in New Orleans 15 1/4, Mehl 5 D. 90 C. Raffin. Petroleum in New-York 14 1/4, do. Phosphata 14, Rothe Frühjahrsweizen 1 D. 18 C. Mais (old mixed) 91 C. Zucker (Fair refining Muscovado) 7 1/2, Kaffee (Rio-) 18 1/2, Getreidetracht 10 1/2, Deutsche und preussische Staatsfonds, sowie landchaftliche Pfand- und Rentenbriefe verkehrten bei recht fester Tendenz theilweise ziemlich lebhaft. Prioritäten blieben behauptet und still; Oberschlesische Lit. H., Bergisch-Märkische 3 1/2 procentige Lit. C. und 5procentige wurden lebhafter gehandelt. Der Eisenbahnenmarkt zeigte auf ermäßigtem Coursniveau regeren Verkehr für schwere Devisen. Besonders matt und angeboten waren Ebn-Mindener und andere Rheinisch Westfälische Devisen, ferner Galizier und Nordwestbahn matt. Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und rubig; spekulative Hauptdevisen matter aber lebhafter. Börsenschluß bittet matt.

Berlin, 11. Februar. Die heutige Börse verkehrte in ähnlich matter Haltung, wie ihre letzte Vorgängerin; theilweise wirkten die auswärtigen Notirungen in dieser Richtung, theils und hervor- ragend kommt die weichende Tendenz aber auf Rechnung der Bemühungen der Contrepartie, die sich vorzüglich und anfänglich fast ausschließlich auf die Eisenbahnwerthe bezogen. Allmählich wurden bei dauernd überwiegendem Angebot alle spekulativen Werthe von der weichenden Tendenz in Mitleidenschaft gezogen und die Course erfah- ren mehrfach bedeutende Ermäßigungen. Der Kapitalmarkt bewies eine verhältnismäßig feste Haltung, während andere Kassawerthe bei der im Allgemeinen herrschenden Mißstimmung gleichfalls mehrfach Einbußen erlitten.

Das Geschäft gewann im Allgemeinen keine große Ausdehnung; doch ließen umfangreiche spekulative Transaktionen die Umsätze sich recht belebend gestalten. Der Geldstand hat keine wesentliche Veränderung erfahren; das Diskonto betrug im Privatwechselverkehr 1/4-1/8 pCt. für erste Devisen. Die österreichischen Spekulationspapiere gingen zu niedrigeren Coursen ziemlich lebhaft um; besonders gilt das von Kreditaktien und Lombarden. Die fremden Fonds und Renten blieben fest bei mäßigen Umsätzen; lebhafter wurden Türken und Italiener zu besseren Coursen gehandelt; auch Oesterreichische Renten gingen lebhafter um, während russische Werthe weniger in Verkehr traten. Nordd. Gr. G. A. B. 7 1/2 102,50 b3, Ostdeutsche Bank 4 77,25 b3, do. Produktbank 4 -, do. Dester. Kreditbank 5 416,50 b3, Posener Prod.-Bl. 4 107,25 b3, do. Prov. Wech. Bl. 4 1,00 B, Pr. Bod.-R.-A.-B. 4 107,75 b3, do. Bankanttheil 4 145,00 b3, do. Gr.-Bd. Apr. 5 119,50 b3, Kofstater Bank 4 110,00 b3, Sächsische Bank 4 116,70 B, Schlef. Bankverein 4 105, G, Thüringer Bank 4 89, G, Weimarer Bank 4 82,25 b3, Prf. Gyp. Versicher. 4 128,00 b3, G. u. ausländische Prioritäts-Obligationen. Aachen-Mairtricht 4 91,75 B, do. II. Em. 5 99,25 G, do. III. Em. 5 99,25 G, Bergisch-Märkisch 4 100, G, do. II. Ser. (cont.) 4 99,50 G, III. Ser. 3 v. St. G. 3 83,75 G, do. Lit. B. 3 83,75 G, do. IV. Ser. 4 99,50 B, do. V. Ser. 4 99,50 G, do. VI. Ser. 4 98,25 G, do. Düffel. C. B. 4 92, B, do. II. Ser. 4 98,25 G, do. Dortmund. Soest 4 91,75 G, do. II. Ser. 4 98,25 G, do. (Nordbahn) 5 102,75 b3, Berlin-Anhalt 4 97,00 G, do. do. 4 101, b3, do. Lit. B. 4 101, B, Berlin-Görlitz 5 104,00 G, Berlin-Hamburg 4 95,10 G, do. II. Em. 4 95,00 G, Baf.-Votib.-Ngb. Lit. A. u. B. 4 92,00 G, do. Lit. C. 4 92,50 B, Berl.-Stett. II. Em. 4 93,25 b3, do. III. Em. 4 93,25 b3, do. IV. Ser. v. St. G. 4 102,50 b3, do. VI. Ser. do. 4 92,50 G, Bresl.-Schw.-Frh. 4 99, G, Köln-Krefeld 4 96,50 b3, Köln-Mind. I. Em. 4 101,00 B, do. II. Em. 5 104,30 b3, do. do. 4 96,00 B, do. III. Em. 4 93, G, Köln-Mind. IV. Em. 4 93,75 b3, do. V. Em. 4 93,00 B, Halle-Soran-Gub. 5 96,50 B, Märkisch-Posener 5 102,00 B, Magdeb.-Halberst. 4 99,75 G, do. do. 1865 4 99,75 G, do. do. 1873 4 99,75 B, do. Wittenb. 3 73,95 G, Niederschl.-Märk. 4 98,00 B, do. II. Ser. a 2 1/2 pCt. 4 95,50 G, do. c. l. u. II. Ser. 4 98, B, do. con. III. Ser. 4 96,50 G, Oberchl. Lit. A. 5 92,50 G, do. do. B. 3 84,50 G, do. do. C. 4 92,75 G, do. do. D. 4 93, B, do. do. E. 3 84,50 G, do. do. F. 4 100,50 G, do. do. G. 4 99,60 b3, do. do. H. 4 100,80 G, do. con. u. 1869 5 103,75 b3

Jonds- u. Actienbörsen

Table with columns for Deutsche Fonds, Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine, and Ausländische Fonds. Includes entries like Staats-Anleihe, Kur. u. Neum., and various international bonds.

Table with columns for Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten and Gold, Silber u. Papiergeld. Lists various railway stocks and exchange rates.

Table with columns for Industrie-Papiere and Versicherung-Aktien. Lists various industrial and insurance stocks.